LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
12. Wahlperiode

Drucksache 12/3927
30. 11. 1993

Antrag

der Fraktion der CDU

Additive Konversions- und Strukturpolitik für die Region Hunsrück-Mosel

Die Region Hunsrück-Mosel zählt zu den strukturschwachen Regionen Deutschlands. Mit der Auflösung der Airbase Hahn, dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte und der gleichzeitigen Zusiedlung Deutscher aus den Staaten der GUS ist die Region vor erhebliche strukturpolitische Herausforderungen gestellt.

Dies bedingt erhöhte Anstrengungen des Landes Rheinland-Pfalz.

I. Additive Konversionsmaßnahmen umsetzen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. ein umfassendes Standortmarketing für die Region zu entwickeln, das die komplexen Gesamtzusammenhänge aufnimmt und die detaillierten Einzelmaßnahmen in der Region mit den Möglichkeiten des Landes, des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft in einem Gesamtkonzept zusammenbindet;

2. die Entwicklungsachsen der Region, die A 61, die B 50 und die Hunsrückbahn nachhaltig zu entwickeln und die Kommunen bei der Erschließung von Vorratsgelände entlang der Entwicklungsachsen stärker als bisher zu fördern;

3. regionale bzw. überregionale Liegenschaftsbörsen zu schaffen (Bestandsaufnahme hinsichtlich der Lage, der Größe, der technischen Ausstattung sowie der sich daraus ergebenden Möglichkeiten gewerblich-industrieller Nutzung), die Wertermittlung der Liegenschaften vorzunehmen, ihren Umweltstatus zu dokumentieren und sie den Kommunen und Unternehmen zugänglich zu machen;

4. die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flughafen Hahn mbH im Hinblick auf die Entwicklung des gesamten Raumes zu öffnen und sie zum Ansprechpartner für Handel, Gewerbe und Industrie zu machen. Sie ist in personeller wie in sachlicher Hinsicht zu ertüchtigen;

5. ihr Engagement zur Vermarktung der Gewerbe- und Industrieflächen der Region und die Umnutzung der aufgelassenen militärischen Liegenschaften über die Investitions- und Strukturbank (ISB) zu verstärken;

6. ein Fremdenverkehrskonzept für die Region zu entwickeln und die bisherigen Förderschwellen für Investitionsvorhaben im Bereich des Fremdenverkehrs aus der Gemeinschaftsaufgabe oder aus dem Mittelstandsförderprogramm zu überdenken und ggf. auf eine Änderung hinzuwirken.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 8. Dezember 1993

II. Den Zusiedlern wirksam helfen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. mit einer offensiven Informationspolitik über die Situation der Zusiedler, ihr Schicksal in den Staaten der GUS und ihre Probleme in einem neuen Kulturkreis zu informieren, um so Einsicht und gegenseitiges Verständnis zu fördern;

2. Schulen und Kindergärten personell, räumlich und sachlich so auszustatten, daß sie den neuen Herausforderungen gerecht werden;

3. vorhandenen Lehrkräften aus den Staaten der GUS Sicherheit zu geben, indem sie dauerhaft angestellt werden. Gegebenenfalls ist ihnen über ein – verkürztes – Nachstudium Gelegenheit zur Erlangung eines in der Bundesrepublik anerkannten Abschlusses zu geben;

4. die Förderpalette beruflicher Bildung klar zu definieren, die Förderung zu bündeln und im Hinblick auf die verschiedenen Träger zu spezifizieren und ein Weiterbildungskonzept für die berufliche Bildung zu entwickeln, das sowohl den Erfordernissen des Arbeitsmarktes als auch den Interessen und der Qualifikation der Zusiedler gerecht wird. In Absprache mit den Trägern ist dieses Weiterbildungskonzept umzusetzen und dauerhaft zu sichern;

5. den Zusiedlern durch die Einrichtung eines Kollegs bzw. der Zweigstelle eines Kollegs den Weg zum Abitur und damit zur Hochschule zu eröffnen;

6. die Zahl der in den kommenden Jahren benötigten Ausbildungsplätze nach Art und Zahl umgehend festzustellen und auf dieser Basis ein landesweites Ausbildungsplatzprogramm für zugesiedelte Jugendliche zu schaffen;

7. spezielle Berufsbildungsprogramme in Mangelberufen, zum Beispiel Berufen der Gastronomie, des Fremdenverkehrs, Teilen des Handwerks, im Bereich sozialer Dienstleistungen wie Kranken-, Alten-, Behindertenhilfe sowie der Kinderbetreuung zu entwickeln und Berufsbildungseinrichtungen vor Ort einzurichten. Dabei können vorhandene, ehemals militärische Liegenschaften einer kurzfristig erreichbaren, sinnvollen Nutzung zugeführt werden;

8. im Bereich der Sprachförderung die starre Ein-Jahres-Frist aufzuheben und pädagogische Konzepte zu entwickeln, die es den Menschen ermöglicht, die Sprachförderangebote optimal wahrzunehmen;

9. den weiteren Zuzug von Aussiedlern durch geeignete Konzepte zu begrenzen, für den in Kürze freiwerdenden bzw. schon frei gewordenen, bisher militärisch genutzten Wohnraum, andere Nutzungszwecke zu entwickeln und zügig umzusetzen;

10. die vorhandenen Angebote im Bereich der sozialen Integration auszubauen und ggf. notwendige Hilfen zu geben, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe ein Gesamtkonzept zu entwickeln und umzusetzen, das die Jugendarbeit für heimische wie für zugezogene Jugendliche zusammenbindet.

III. Kommunale Finanzen stützen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. umgehend im kommunalen Finanzausgleich (FAG) einen besonderen

Ansatz „Zusiedler" – ähnlich der Regelung für Stationierungsstreitkräfte – zu schaffen, der, zeitlich befristet, einen Ausgleich für die besonderen Belastungen durch die Zusiedelung von Deutschen aus der GUS gewährt;

2. die Fördersätze für kommunale Investitionen, zumindest für die strukturschwachen Konversionsgebiete, zu überdenken und zukünftig mehr an der Finanzkraft der Kommunen zu orientieren und die Kürzung der Landesmittel für den kommunalen Straßenbau zu überdenken;

3. alle Versuche zu unterlassen, Teile der besonders strukturschwachen Konversionsgebiete aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" herauszunehmen;

4. die erforderlichen Maßnahmen aus einem echten „Landeskonversions- und Entwicklungsprogramm" zu finanzieren, im kommenden Doppelhaushalt 1994/1995 Mittel aus dem Verkauf der Landesbank in erheblichem Umfang bereitzustellen und den Einsatz der Finanzmittel des Landes auf die Maßnahmen zu konzentrieren, die tatsächlich Konversions- oder Entwicklungsmaßnahmen sind.

Für die Fraktion:
Wilhelm